

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 14.11.2024

**Zu TOP: 9.1
Corona-Soforthilfe
Einreicher: AfD-Fraktion
Vorlage: AN 0119/2024**

Frau Graf begründet den Antrag ausführlich und wirbt um Zustimmung. Besonders kleine und mittelständische Unternehmen seien von den Rückforderungen besonders betroffen.

Frau Kothe-Woywode merkt an, dass die Bescheide in der Regel vorläufig erteilt wurden, um eine zügige Auszahlung zu gewährleisten. Eine Vielzahl von Unternehmen hätten die Corona-Beihilfen bereits zurückgezahlt. Die unterschiedliche Behandlung der Unternehmen stelle einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz dar. Der Antrag wäre demnach eine Aufforderung zu rechtswidrigem Handeln und hätte eine Vielzahl von berechtigten Klagen als Konsequenz. Sollten die Rückforderungen nicht rechtmäßig sein, stünde den Betroffenen der Rechtsweg offen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei wird den Antrag daher ablehnen.

Für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit erklärt Herr Haack die Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Er erinnert an Zusicherungen der Bundesregierung, dass Beihilfen nicht zurückgezahlt werden müssten. Ihm sei bewusst, dass der Antrag durchaus plakativ ist. Die Bürgerschaft könne im Interesse der Gewerbetreibenden ein Zeichen nach außen setzen.

Herr Dr. Zabel bestätigt für die Fraktion CDU/FDP, dass die Praxis der Rückforderungen problematisch sei. Die Thematik müsse jedoch auf Landesebene debattiert werden. Dort sei ein entsprechender Antrag bereits abgelehnt worden. Die Fraktion CDU/FDP teile die inhaltliche Ansicht zur Thematik, werde den Antrag jedoch ablehnen, da die Erfolgsaussichten unrealistisch sind.

Nach Auffassung von Herrn Schilke müsse sich die Kommune für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen. So können auch von der kommunalen Ebene Signale gesendet werden.

Herr Dr. Zabel legt dar, dass es viele Themen gibt, die die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt beschäftigen. Ehrlicherweise müsse jedoch festgestellt werden, dass nicht jede Thematik von kommunaler Seite beeinflusst werden könne. Daher sollte der Fokus auf Angelegenheiten mit Handlungsmöglichkeiten gelegt werden.

Herr Quintana Schmidt teilt für die Fraktion DIE LINKE. mit, dass die Problematik inhaltlich erkannt werde. Er bestätigt die Einschätzung, dass die Angelegenheit im Landtag behandelt werden müsse.

Frau Kothe-Woywode betont, dass der Antrag eine Aufforderung zum rechtswidrigen Handeln darstelle. Dies sei problematisch.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über den Antrag AN 0119/2024 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Forderungen im Zusammenhang mit der Rückzahlung der Corona-Soforthilfe eingestellt werden.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 29.11.2024